

An den Vorsitzenden des Untersuchungsausschuss 7/3,
Herr Raymond Walk

– NEUFASSUNG –

Antrag der Mitglieder des Untersuchungsausschusses aus den Fraktionen DIE LINKE., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 13 UAG

Hier: Einvernehmung von Sachverständigen: Auswirkungen der sog. „Reichsbürger“-Bewegung für kommunale Verwaltungen und Justiz

Es wird beantragt, Beweis gemäß § 13 UAG zu erheben zu I Nr. 1 bis 14 des Untersuchungsauftrages, insbesondere zum Themenkomplex „Reichsbürger“ und ihre Auswirkungen für kommunale Verwaltungen und die Justiz, durch Anhörung der Sachverständigen:

Dr. Uda Bastians
zu laden über:
Deutscher Städtetag – Hauptgeschäftsstelle Berlin
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Oberstaatsanwalt Ulf Walther
zu laden über
Staatsanwaltschaft Mühlhausen
Eisenacher Straße 41
99974 Mühlhausen

Stefan Blecks
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Rudolstadt
Markstraße 41
07407 Rudolstadt

Begründung:

Der Untersuchungsausschuss 7/3 ist zur Aufklärung der in I Nr. 1 bis 14 des Untersuchungsauftrags formulierten Untersuchungsgegenstände angehalten, die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in Thüringen in ihrem ideologischen und organisatorischen Kontext zu betrachten und dabei auch bisher wenig beachtete Bewegungen untersuchen. Dies betrifft hier insbesondere die Bewegung der sogenannten „Reichsbürger“, die in Thüringen mehrere Zusammenschlüsse und Netzwerke etabliert haben und deren Aktivitäten zur Reaktionen der staatlichen Ermittlungsbehörden, wie etwa die bundesweite Razzia am 7. Dezember 2022, geführt haben. Immer wieder beschäftigen so genannte „Reichsbürger“ auch kommunale Verwaltungen und überziehen sie teilweise Kampagnenhaft mit pseudo-juristischen Schreiben, aber auch mit Bedrohungen und Nötigungen. Kommunale Beamt*innen sind dabei immer wieder besonderen Belastungen durch diese extrem rechte Bewegung ausgesetzt. Darüber hinaus verursachen sog. „Reichsbürger“ auch immer wieder für die Justiz nicht nur erheblichen Arbeitsaufwand sondern, versuchen durch

Bedrohungen, Nötigungen und Nachstellungen auch Staatsanwält*innen und Gerichtsvollzieher*innen einzuschüchtern. Namen und Bilder von Beamt*innen werden dabei auch im Internet veröffentlicht. Durch die Anhörung von Vertreter*innen der benannten Institutionen soll die konkrete Gefährdung, die von der „Reichsbürger“-Bewegung ausgeht untersucht werden. Damit sollen auch eine Grundlage geschaffen werden, zur Untersuchung der Bewertungen Thüringer Behörden zu dieser Bewegung und der Maßnahmen, die von Thüringer Behörden ergriffen wurden und werden.

Katharina König-Preuss

Denny Möller

Madeleine Henfling

Christian Schaft

Sascha Bilay